



FREIBURGER FORUM

aktiv gegen Ausgrenzung

Adlerstr. 12
79098 Freiburg
info@freiburger-forum.net

Freiburg den 8. April 2020

An das Regierungspräsidium Freiburg

Referat 15.2 – Flüchtlingsaufnahme
Heinrich-von-Stephan-Str. 25
79083 Freiburg

An die Stadt Freiburg

Amt für Migration und Integration
Rathausplatz 2 - 4
79098 Freiburg

Offener Brief an das Regierungspräsidium Freiburg und an die Stadt Freiburg Unterbringung von Geflüchteten in Freiburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhalten Sie einen **Offenen Brief des Freiburger Forums aktiv gegen Ausgrenzung** der von etwa 100 Einzelpersonen und mehr als 25 Freiburger Gruppen in den letzten vier Tagen unterschrieben wurde. Der Brief wurde am 31. März 2020 verfasst.

Landeserstaufnahmeeinrichtung | Wie wir erfahren haben ist seit dem 01. April eine Einzelperson in der Landeserstaufnahmeeinrichtung mit dem Corona-Virus infiziert. Der Betroffene und drei weitere Zimmerbewohner dürfen seitdem das Zimmer nicht mehr verlassen. Eine am Virus erkrankte Familie wurde ebenfalls am 01.04.2020 von der UNI-Klinik zurück in die Landeserstaufnahmeeinrichtung gebracht und lebt auf einem Stockwerk unter Quarantäne. Etwa 80 Personen wurden bis zum 21. April 2020 in 53 Zimmer in der Jugendherberge Freiburg untergebracht. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung soll mittlerweile jede Person in einem Einzelzimmer untergebracht sein. **Ist dies alles bis zum 21. April 2020 befristet?**

Kommunale Unterbringung | Über eine Erkrankung in kommunalen Unterkünften liegen uns kein Informationen vor. Die Situation in einzelnen kommunalen Unterkünften ist unterschiedlich. Es zeigt sich auch hier, dass eine Sammelunterbringung eine besondere Herausforderung für die dort lebenden Menschen ist. Der Sozialdienst ist vor Ort, wenngleich mit den Sozialarbeiter*innen nur ein eingeschränkter Kontakt möglich ist. Deshalb sollte eine Unterbringung in einer städtischen Unterkunft, die nicht den Maßstäben einer Wohnung entsprechen, nur von kurzer Dauer sein. Geflüchteten muss es erlaubt sein, selbst ein Zimmer oder eine Wohnung im Stadtbezirk zu finden.

Die Maßnahmen die zum Schutz der Gesundheit der Menschen eingeleitet wurden, sind nicht ausreichend. Ein Ende der Corona-Pandemie ist nicht abzusehen. Das Freiburger Forum aktiv gegen

Ausgrenzung kritisiert die Unterbringung unter minimalistischen und eingeschränkten Lebensbedingungen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung. Durch das Konzept der Unterbringung befinden sich die Bewohner*innen in einer schwierigen Situation. Wir sind der Meinung, dass das Konzept nicht nur in der Frage des Gesundheitsschutz gescheitert ist.

Wie wir erfahren haben, will das Land Baden-Württemberg an dem Unterbringungskonzept der Landeserstaufnahmeeinrichtungen auch während der Corona-Krise festhalten und richtet eine Isolierunterkunft in Althütte-Sechselberg für 60 Personen ein. Dort sollen vor allem Menschen die in Erstaufnahmeeinrichtungen am Corona-Virus erkranken, in Quarantäne kommen. Mitte nächster Woche soll die Isolierunterkunft die ersten erkrankten Geflüchteten aufnehmen.

Werden auch an Covid-19 erkrankte Personen aus Freiburg nach Althütte-Sechselberg gebracht? Was plant das Regierungspräsidium Freiburg in Bezug auf die Unterbringung in der Landeserstaufnahmeeinrichtung?

In der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen gibt es bis zum 19. April 2020 ein Ausgangs- und Kontaktverbot für 587 Bewohner*innen. **Ist ein Ausgangs- und Kontaktverbot auch für Freiburg geplant und möglich?**

Nicht nur die Corona-Pandemie zeigt, dass ein Umdenken in der Unterbringung von geflüchteten Menschen stattfinden muss. Wir sind der Auffassung, dass dort wo Grund- und Menschenrechte gelten, Sammelunterkünfte nicht möglich sind. Eingriffe in die Selbstbestimmung und in die Freiheit der Person dürfen nicht weiter möglich sein. Eine Sammelunterbringung, wie sie derzeit vor allem in den Landeserstaufnahmen stattfindet ist in der Migrationswissenschaft sehr umstritten. Zahlreiche rechtliche Fragen sind nicht geklärt. Die Corona-Krise wäre jetzt eine Gelegenheit für die Behörden, die Massenunterbringung von geflüchteten Menschen selbst in Frage zu stellen. Dabei müssen behördliche Praktiken selbstkritisch hinterfragt werden. Warum sollten Behörden sich nicht selbst, in dem was sie tun, hinterfragen. Trifft der Vorwurf des institutionellen Rassismus zu oder nicht? Diese Diskussion ist längst überfällig. Hier sollte der Gemeinderat und die Verwaltung der Stadt Freiburg und vor allem auch das politische Freiburg mit entsprechenden Initiativen vorangehen.

In Teilen der Freiburger Öffentlichkeit besteht großes Interesse an Informationen und Transparenz über die Unterbringung von geflüchteten Menschen in den einzelnen Sammelunterkünften in Freiburg. Wir bitten Sie deshalb um die Beantwortung unserer Fragen. Gesprächsangebote nehmen wir gerne entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung